Staatspreis ebnet Weg zur KZ-Gedenkstätte

Das bayerische Landwirtschaftsministerium hat das Amt für Ländliche Entwicklung mit einem Staatspreis ausgezeichnet. Die Behörde ebnete durch einen vorbildlichen Grundstückstausch den Weg für die geplante KZ-Gedenkstätte im Mühldorfer Hart. Das Projekt beruhte auf jahrelangem bürgerschaftlichen Engagement in der Region.



Bei der Verleihung des Staatspreises trafen Mitglieder der Staatsregierung, von Behörden, der Kommunalpolitik und des „Vereins für das Erinnern“ zusammen. Sie haben sich auf unterschiedlichen Ebenen für den Bau einer Gedenkstätte im Mühldorfer Hart eingesetzt: (erste Reihe von links) Franz Langstein (Verein für das Erinnern), Maximilian Heimerl (Landrat), Sebastian Gaigl (ALE), Ministerin Michaela Kaniber, Dr. Heinz Utschig (Bayerische Staatsforsten), Balthasar Baumann (ALE), Sascha Schnürer (Landtagsabgeordneter), Martin Hartinger (Bayerische Staatsforsten); (dahinter von links) Heinrich Baumert (Verein für das Erinnern), Tobias Gehrmann (Vermessungsamt), Edwin Hamberger (Verein für das Erinnern), Dr. Jascha März (Stiftung Bayerische Gedenkstätten), Korbinian Baumann (Geschichtszentrum Mühldorf), Monika Löffelmann (Staatsforsten), Marcel Huber (ehemaliger Staatskanzlei-Chef), Josef Grundner (Bürgermeister Ampfing), Josef Eisner (Bürgermeister Mettenheim), Barbara Donaubauer (ALE), Thomas Einwang (Bürgermeister Buchbach). Matthias Balk

Mühldorf am Inn – Es dauerte Jahrzehnte: Um die Jahrtausendwende formulierten Menschen aus der Region einen klaren Wunsch: Die Überreste des ehemaligen Konzentrationslager-Außenlagers (KZ) Dachau im Mühldorfer Hart sollten zur Gedenkstätte werden. 2028 könnte es endlich so weit sein.

Ein besonderes Gespräch

Auf dem Weg dahin spielt ein Datum eine entscheidende Rolle: der 17. Mai 2015. An diesen Tag erinnert sich Dr. Marcel Huber sehr genau. Der Ampfinger war damals Chef der Staatskanzlei. Auf seine Initiative trafen sich im großen Empfangszimmer der Staatskanzlei der ehemalige KZ-Häftling Max Mannheimer, der ehemalige Minister Hans-Jochen Vogel und der damalige bayerische Ministerpräsident Horst Seehofer. Am Ende war Seehofer tief beeindruckt, erinnert sich Huber. Und Seehofer machte eine Zusage: „Die Realisierung eines würdigen Erinnerungsortes am Bunkerbogen im Mühldorfer Hart mit Mitteln des Freistaats Bayern!“, schreibt Huber in einer Aktennotiz des Gesprächs.

Der politische Wille war da, im Weg standen drei hohe Hürden: die Fragen, wer die sogenannte Verkehrssicherungspflicht übernimmt, wer für die Entsorgung von Sprengstoff und Munition sorgt, die immer noch auf dem Grundstück lagerten. Und nachdem diese Probleme gelöst waren: Wer kann die Landwirte, denen der Grund gehört, zu einem Tausch bewegen?

Um diesen dritten Punkt ging es bei dem jetzt verliehenen Staatspreis, den das Landwirtschaftsministerium an das Amt für Ländliche Entwicklung (ALE) übergab. Denn dem Amt gelang es, den Grundstückstausch „in vorbildlicher Weise“ zu organisieren, wie Ministerin Michaela Kaniber bei der Preisverleihung betonte.

„Auf der Grundlage vollständiger Freiwilligkeit ist es gelungen, 146 Hektar neu zu ordnen und die entscheidenden Flächen einvernehmlich in das Eigentum der Stiftung Bayerische Gedenkstätten zu überführen“, sagte sie in etwas sperrigem Deutsch. „Besonders bemerkenswert ist dabei die Sensibilität, mit der dieses Verfahren umgesetzt wurde.“ Historische Ungleichbehandlungen seien aufgegriffen, komplexe rechtliche Fragen geklärt und eine Lösung gefunden worden, die von allen Beteiligten getragen wird. „Das ist nicht nur planerische Leistung – das ist gelebte Verantwortung.“

Ex-Staatskanzleichef Huber würdigt das Vorgehen des ALE als „innovativ und wirkungsvoll“. Er spricht „von einer Gemeinschaftsleistung, weil alle zusammengeholfen haben“, weil heimische Bürgermeister und Landräte die Staatsbehörde bei den Gesprächen mit Landwirten unterstützt hätten. Auch wenn Huber betont, dass es bei dem Preis nicht zuerst um eine historische Schwerpunktsetzung zugunsten der Gedenkstättenarbeit gehe, sondern vor allem um ein Werkzeug zur Lösung eines grundstücksrechtlichen Themas, weist der Preis nach Ansicht von Ministerin Kaniber auch auf einen inhaltlichen Aspekt hin.

„Das Projekt ist auch Ausdruck eines außergewöhnlichen bürgerschaftlichen Engagements.“ Über Jahrzehnte hinweg hätten Initiativen wie der Verein „Für das Erinnern“ dafür gesorgt, dass die Geschichte dieses Ortes nicht in Vergessenheit gerät. „Sie haben Erinnerungsarbeit geleistet, lange bevor ihre bauliche Verankerung möglich war“, würdigte Kaniber das ehrenamtliche Engagement. „Heute wird dieses Engagement weitergetragen – auch von jungen Menschen.“

Für Huber zeigt auch die Einigung mit den Landwirten die weite Verbreitung des Anliegens einer Gedenkstätte in der Bevölkerung. „In Mühldorf ist es anders gelaufen als in anderen Regionen, wo zum Teil erheblicher Widerstand herrscht“, spricht er von „breiter Unterstützung“.

Wohin das Preisgeld geht

So versteht der Vorsitzende des Mühldorfer Vereins „Für das Erinnern“ den Preis auch als Anerkennung für die Arbeit vor Ort. Denn es gehe hier nicht nur um klassische Aufgaben des ALE, sondern um Erinnerungskultur, sagt Franz Langstein. „Gerade in unseren Zeiten, wo der Begriff Heimat in der Gefahr ist, von einer politischen Richtung nahezu okkupiert und für volkstümelnde Stimmungen missbraucht zu werden, ist es eine tolle Sache, wenn auch für eine Gedenkstätte an die Opfer der Nazis ein Preis gegeben wird.“ Das Preisgeld geht laut Kaniber an den Verein „Für das Erinnern“ zur Förderung seiner Arbeit.

Nach Angaben von Erinnerungsvereins-Vorsitzendem Langstein läuft das Genehmigungsverfahren für die Gestaltung des Bunkergeländes. Langstein geht davon aus, dass die Arbeiten im Mühldorfer Hart im Frühjahr 2027 beginnen, damit der Gedenkort im Herbst 2028 eröffnet werden kann. Dann sind genau 26 Jahre vergangen, seit sich der Verein „Für das Erinnern“ gegründet hat.



Dieser Artikel (ID: 2619280) ist am 07.11.2026 in folgenden Ausgaben erschienen: Wasserburger Zeitung (Seite 14), Mangfall-Bote (Seite 14), Chiemgau-Zeitung (Seite 14), Oberbayerisches Volksblatt (Seite 14).